

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker

Lobeck's

Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao par 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

per Tafel 50 St.

Hauptgeschäftsstelle:
Merseburgerstr. 38/40.

Begruß-Geheiß
Anlässlich der Dresdener Jubiläumsgedächtnisfeier am 1. März 1912 wird durch besondere Anstalten bis 1. April 1912 bei ständiger Zustellung der 1. Jahrgänge (1856-1911) die den Lesern zur Dresden u. Umgebung ein Tage vorher zugeteilten Werbungsblätter erhalten die ausserdem mit den neuesten Nachrichten versehen sind.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Bräutleute kaufen am vorteilhaftesten in der

"Raumkunst"

Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.

Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungs-einrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schläger: Präststoffmöbel (D. R. P.). Elegant. Praktisch - Billig.

**Zuglampen
Ampeln**

in grösster Auswahl,
modernste Muster.

**Ebeling & Croener, Bank-
str. 11.**

Schläuche
Klappen
Platten
Ringe
Schnüre
Walzen
Puffer
Riemen aus

**Gummi
Guttapercha
Asbest**

fertigt in
garantiert
besten
Qualitäten
E. Böhme
Dresden
Ferdinandstr. 13.

Vernickeln, Versilbern, Vergolden, Vermessingen, Verkupfern etc. aller Metallgegenstände
Dresdner Vernickelungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse No. 1-3, Hofgebäude. — Telephone No. 7359.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Beschleuderte Winde, kühl, trocken.
Der Rektor und Mentor des bairischen Zentrums, Oberlandesgerichtsrat a. D. Joseph Geiger, ist in München gestorben.
Die Gesamtzahl aller kreisenden Vergleiche im Führer verläuft sich auf 220 000 Mann.
Das Krefelder Husaren-Regiment erhielt Befehl, sich bereit zu halten, um ins Streitgebiet abzurücken.
Nach einer italienischen Meldung aus Bengasi kam es im Nordwesten von Fozat zu einem schweren Gefecht zwischen Italienern und Türken, bei denen letztere große Verluste erlitten.

Tscharykows Abschied.

Nach einer kaum dreijährigen Tätigkeit nach Herr von Tscharykow, russischer Hofmeister und Botschafter des Zaren in Stambul, die Stelle seines Wirkens verlassen. Seine Abberufung erfolgt unter eigenartigen Umstände. Gerade jetzt plant Russland eine große Aktion zur Herstellung des Friedens, ein Angriff der italienischen Flotte auf die Dardanellen wird täglich erwartet, auf dem Balkan selber triefelt es bedenklich, wie alljährlich zur Zeit der Schneeschmelze. In dieser kritischen Zeit wird Herr von Tscharykow abberufen. Das er zum Senator und nicht zum Reichsratsmitglied ernannt worden ist, gibt dieser Abberufung noch eine besondere Nuance.
Um die Bedeutung dieses Ereignisses gerecht würdigen zu können, muß man die Tätigkeit Tscharykows rekapitulieren. Tscharykow war ursprünglich russischer diplomatischer Agent in Sofia gewesen. Die Sonderstellung dieses Postens hat die Haltung des russischen Diplomaten auch während seiner späteren Amtstätigkeit immer beeinflusst. Tscharykow fühlte in sich stets den Beruf zum Anwalt der Balkanstaaten, deren Interessen ihm oft höher standen als die des Russlands. Daher kammen die fortwährenden Konflikte mit dem Answärtigen Amte in Petersburg, die zu den unglücklichsten Zuständen führten. Die Lieblingsidee des russischen Botschafters war die Schaffung eines Balkanbundes, der sich in die europäischen Mächte teilen sollte. Diesen Rat hat Tscharykow den Balkanstaaten tatsächlich erteilt, und es war daher nicht zu verwundern, daß die allseitig benehmerigen Balkanvölker vor kurzem ziemlich vernachlässigt mit dem Säbel rasselten.

Herr von Tscharykow konnte aber auch anders. Das war damals, als das Morgenrot der Konstitution über dem türkschen Halbmond zu leuchten begann. Tscharykow war einer der Ersten, der dem Jungtürkentum huldierte, und als die Briten die liberale Opposition zu unterstützen begannen, bearbeitete der Russe die Komiteepartei, und das nicht ohne Erfolg. Die Jungtürken sind vergessene Leute, sie verziehen Herrn Tscharykow alle seine Sünden wider das ottomanische Reich. Höchstwahrscheinlich hat er geglaubt, die neue Aera werde den Zerfall des Reiches beschleunigen. Denn daß er, der Slawophile und Vorkämpfer des slavischen Balkanbundes, wirklich zum Türkenfreund geworden war, konnten nur harmlose Gemüter glauben. Wie er tatsächlich dachte, ging aus dem bekannten russischen Ultimatum an die Pforte hervor anlässlich des Konfliktes mit Montenegro im Mai vorigen Jahres. Die Montenegroer hatten die Türkei in der schwersten Weise herausgefordert, der Albaneseaufstand wurde von Montenegro nach Kräften gefördert, Tausende von Albanesen fanden Unterschlupf im Lande Nikitas, und trotzdem beschränkte sich die Türkei darauf, die montenegrinische Grenze schärfer überwachen zu lassen. Herr von Tscharykow aber richtete an die Pforte ein formell, wie inhaltlich beleidigendes Ultimatum, endlich Ordnung zu schaffen und die Belästigungen Montenegros zu unterlassen. Dieses Ultimatum ließ er gleichzeitig veröffentlichen, so daß ein russisch-türkischer Konflikt unvermeidlich schien. Damals war Herr Tscharykow, der russische Minister des Aeußeren, frank, glücklicherweise war aber dieser hervorragende Staatsmann doch imstande, die Abenteuerpolitik des Botschafters zu durchkreuzen. Es wurde offiziell erklärt, es sei ein Irrtum unterlaufen, Russland habe nur in freundschaftlicher Weise Vorstellungen erhoben, von einem Ultimatum könne keine Rede sein. Infolgedessen blieb der Friede erhalten.

Herr von Tscharykow leitete ein Meisterstück. Er ließ durch die Presse verbreiten, die Schuld an dem Zwischenfall trage lediglich der Wehrliche Sazonow, Keratow, und es sei sein Verdienst, daß die Situation wieder geklärt sei. Diese Resart fand tatsächlich Glauben in der europäischen Presse, sogar die Jungtürken ließen sich täuschen und blieben die Freunde Tscharykows, so daß dieser, kaum ein halbes Jahr nach seiner ersten diplomatischen Niederlage, einen neuen Schritt wagte. Im Dezember vorigen Jahres richtete der Botschafter an die Pforte die Aufforderung, die Dardanellen schleunigst der russischen Schwarzmeerflotte zu öffnen. Die Antwort der Pforte war eine glatte Ablehnung, denn zu einer derartigen Konzession war selbst die jungtürkische Freundschaft für Tscharykow nicht bereit. Der offizielle russische Drost mußte den Botschafter abermals desavouieren. Das war die zweite Niederlage, die die Regierung des Zaren Herrn von Tscharykow verdankte. Trotz dieser Mißerfolge legte der russische Botschafter seine Bemühungen fort, den Balkan in Flammen zu setzen. Seine letzte plötzliche Abberufung, die mit allen Zeichen kaiserlicher Ungnade erfolgt ist, läßt die Vermutung zu, daß Herr von Tscharykow einen neuen Streich geplant hat, der aber noch rechtzeitig von der besonnenen Petersburger Regierung verhindert worden ist.

Der Zweikampf Sazonow-Tscharykow hat also mit dem völligen Siege des ersteren geendet. Daß die Abberufung Tscharykows nicht eher erfolgt ist, liegt in der traditionellen Wechselseitigkeit der Zarenregierung. Staatsmänner im Dienst zu behalten, auch wenn ihre Tätigkeit nicht immer dem Interesse des Reiches entspricht. Ueber diesen an und für sich gewiß ritterlichen Zug hat sich Bismarck wiederholt geäußert. Er erklärt aus das Weichen Gortichakoffs im Amte unter Alexander II., der seinen Kanzler sehr wohl durchschaut hatte. Aber gerade das Beispiel Gortichakoffs zeigt, wie gefährlich diese Wechsellagen werden kann. Obwohl der russische Kaiser die Politik seines Kanzlers nicht billigte, konnte er doch nicht hindern, daß Gortichakoffs verächtliche Feindschaft gegen Bismarck die russische Politik im deutschfeindlichen Sinne beeinflusste, eine Tatsache, die vor allem nach dem Berliner Kongress deutlich zutage trat. Ähnlich lag die Situation jetzt. Herr Sazonow will wechselfähig im Einvernehmen mit dem Zaren ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Der wunde Punkt in dem Verhältnis der drei Mächte ist der Balkan. Denn wenn wir auch nie und nimmer verpflichtet sind, die Interessen Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan zu vertreten — Bismarck hat mit Recht ausdrücklich vor dahingehender Ausdehnung des Dreiecksbündnisses gewarnt —, so muß eine Ausprägung des russisch-oesterreichlichen Verhältnisses naturgemäß auch unglückliche Folgen auf die deutsch-russischen Beziehungen haben. In einer derartigen Ausprägung führte aber die Politik Tscharykows in Stambul. Infolgedessen waren die aufrichtigen Bemühungen der Kabinette von Berlin, Wien und Petersburg, zu einer Verständigung zu gelangen, dank der Tätigkeit des russischen Botschafters bisher einfach lahmgelegt. Um so mehr wird man es begrüßen können, daß Herr von Tscharykow jetzt endlich das Handtuch gelegt ist. Daran spricht der ernste Wille der Petersburger Regierung, eine besonnene Politik auch auf dem Balkan zu führen.

Der Nachfolger Tscharykows soll nach einer allerdings noch nicht bestätigten Meldung der bisherige Gesandte in Belgrad Hartwig werden. Hartwig gilt als ein Gegner der unter britischer Führung stehenden Entente, er soll als Gesandter in Teheran dem russisch-englischen Abkommen entgegengegearbeitet haben und ein Abdrücker des deutschfreundlichen Kurzes sein. Soweit diese Angaben zutreffen, wird man abwarten müssen. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß Herr Sazonow zum Nachfolger Tscharykows einen Gegner dessen Politik ernennen wird. Jedenfalls ist es unter aufrichtiger Wunsch, daß die Aera Sazonows auch auf dem Balkan einen bleibenden Einfluß auf die Politik Russlands haben möge, zum Heile Russlands und Deutschlands.

Die russische Presse

kommentiert die Abberufung Tscharykows lebhaft. Die „Nowoje Wremia“ bezeichnet die Entlassung als ein wichtiges Ereignis von höchster Bedeutung. Die Intrige gegen ihn sei seit langem geklärt worden. Der unglückliche Versuch, zwischen der Türkei und Italien zu vermitteln, hat den Wecker zum Ueberlaufen gebracht.

Tscharykow hat, indem er den Versuch nicht unternahm, zweifellos eine patriotische Pflicht erfüllt. Die Zeitung deutet an, daß Keridow der Nachfolger Tscharykows werden dürfte. „Nietich“ schreibt: Der Politik Tscharykows lag die Idealisierung der jungtürkischen Richtung zugrunde. Wohl war ein passenderer Mann in Konstantinopel nötig. Aber immerhin ist die scharfe Beobachtung tadelnswert, die an die Stolypinsche Methode erinnert.

Neueste Drahtmeldungen

vom 13. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern wird fortgesetzt. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft sind in den Etat wieder 150 000 Mark eingestellt. Hierzu hat die Budgetkommission auf Antrag des Zentrums eine Resolution beschlossen, die einen Ergänzungsetat fordert mit großen Mitteln zur Erreichung der Ziele der Maul- und Klauenseuche und ihrer wirksamen Bekämpfung. Es sollen Stipendien an Insulaner und geeignete Privatpersonen und eine große Prämie für den Entdecker des Seuchenerregers und des Heilmittels gewährt werden. — Abg. v. Volk (kon.): Wir verstehen es nicht, warum man das Ausland besser behandelt als das Inland. Quarantäne oder binnen 24 Stunden abschneiden; sonst wird die Seuche immer von neuem eingeschleppt. Hauptsächlich tritt das neue Viehseuchengesetz am 1. April in Kraft. Da muß von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, durch Abschichtung des Viehes den Seuchenherd auf eine bestimmte enge Stelle zu konzentrieren. — Abg. v. Bamhoff (inf.) spricht im gleichen Sinne wie der Vorkredner. Auch die Nationalliberalen haben eine ähnliche Resolution eingebracht wie das Zentrum. Ein Nachtragsetat soll genügend Mittel zur Verfügung stellen, die die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche zu fördern. Durch Gewährung von Stipendien soll die Lösung der betreffenden Viehseuche ermöglicht werden. Bei der Durchführung, die zunächst einheitlich sein soll, sollen unnötige Härten vermieden werden. Die Kosten für die Untersuchungen und Abfälle sollen von der Staatskasse übernommen werden. — Abg. Dr. Blund (Sp.) befürwortet eine Resolution seiner Partei, wonach die behördlichen Organe bei der Durchführung des Viehseuchengesetzes den beteiligten Wirtschaften und Verkehrsinteressen mehr als bisher Berücksichtigung angedeihen lassen sollen. Ferner sollen Veterinärverständige gehört werden und eine erweiterte Entscheidung der den Viehseuchen durch die Viehseuchengesetzgebung erwachsenden Verluste bewirkt werden. Auch die Sozialdemokraten haben inzwischen einen Initiativentwurf in eine Entschließung umgewandelt, die eine obligatorische Viehversicherung gegen Seuchenschäden verlangt. — Abg. Scheidemann begründet diese Resolution. — Abg. v. Lofe (Zentr.) fordert ebenfalls eine weitgehende Entscheidung der Landwirtschaft. — Ministerialdirektor Dr. v. Jovanovic erklärt, daß die Freigabe der Vorrichtungen über die Maul- und Klauenseuche erhebliche Gefahren wegen der weiteren Verbreitung der Seuche mit sich bringe. Die Wünsche der Interessenten auf Verringerung der Kosten des neuen Viehseuchengesetzes seien unerfüllbar. Die Wirtschaften und die Verkehrsinteressen würden möglichst berücksichtigt. Die Möglichkeit von Erleichterungen sei gegeben. Die Interessenten seien in der Lage gewesen, ihre Wünsche zu äußern, die unter Berücksichtigung des durchaus notwendigen, streng veterinären Vorabens auch erfüllt worden seien. Im Winter sei die strenge Bekämpfungsmethode notwendig; in der Weidzeit würden Erleichterungen angeschlossen werden. Die strenge Bekämpfungsmethode habe schon Erfolge erzielt. Am 15. Oktober seien rund 4000 Gehefte verzeichnet gewesen, am 21. Februar nur noch 4670. Redner erhebt die Frage, ob die neue Viehseuchengesetzgebung am 1. April nicht in Kraft treten könne, aber wahrscheinlich bei Beginn des wirklichen Frühjahrs. — An der Debatte beteiligen sich noch die Abg. Abthorn (Sp.), Behrens (Wirtsch. Saal), Berner (Reform.), Graf Oppersdorff (Zentr.), Wallendorf (Zentr.), Bell (Zentr.) und v. Morawski (Folk). Die Resolutionen der bürgerlichen Parteien werden einstimmig angenommen. Die sozialdemokratische Resolution auf Einführung der obligatorischen Viehversicherung gelangt mit Schwacher Mehrheit zur Annahme. — Beim Kapitel betreffend die Reichsanwaltschaft wird die nur für die Beaufsichtigung der Vorbildung für die Bezeichnung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst beantragte, beantragte die Sozialdemokraten die Ausschaltung dieser Behörde zu einem selbständigen Reichsanwalt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reiches. — Abg. Schulz (Soz.) von den Mitgliedern nun endlich auch einmal zu den Kindern. Der Einjährig-Freiwilligen-Dienst ist die unerfreulichste Erscheinung des Schul- und des Heerwesens. Das Schulwesen muß Reformen sein. Der Einjährig-Freiwilligen-Dienst ist ein Dolch auf die Wehrpflicht. Er muß abgeschafft werden. Ich, die armen Genußgesellschaften, wie endlose Schulen erdulden sie. Sie erziehen sich das Zeugnis. Das Richtige wäre, unsere Berechnung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst, daß sie alle die Berechnung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst gewähren würden; dann würden wir überhaupt das zweite

Erst Pfunds Yoghurt!